

Sperrfrist zur Veröffentlichung: 29.04.2021, 11.00 Uhr

**Hass und Gewalt gegen Kommunal-
politiker/innen**

Einschätzungen und Erfahrungen
von Bürgermeister/innen in Deutschland

14. April 2021
f21.0147/40040 Ma, De

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Gutenbergstraße 2
10587 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	2
1. Größte Belastungen und Herausforderungen im Amt des Bürgermeisters	3
2. Einschätzung zur gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland	4
3. Persönliche Erfahrungen mit Beleidigungen und Übergriffen	5
4. Beleidigungen oder Übergriffe gegen Mitglieder von Rat und Verwaltung	13
5. Vermutete Hintergründe und Motive der Täter	14
6. Umgang mit Übergriffen	16
6.1 Anzeigen	16
6.2 Veröffentlichung	19
6.3 Austausch über erlebte Anfeindungen	21
7. Verhaltensänderungen aus Sorge vor Hass und Gewalt	22
8. Belastung durch Anfeindungen und Übergriffe	26
9. Rückzug aus der Politik aus Sorge um die eigene Sicherheit	28
10. Berichterstattung über Gewalt gegen Kommunalpolitiker	30
11. Schutz vor Hass und Gewalt durch Bundes- und Landespolitik	31
12. Maßnahmen zur Eindämmung von Übergriffen gegen Kommunalpolitiker	32
13. Wünsche an eine Informationsplattform für bedrohte Kommunalpolitiker	36

Vorbemerkung

Im Auftrag der Körber-Stiftung hat forsa Politik- und Sozialforschung GmbH in der Zeit vom 1. bis 13. April 2021 eine repräsentative Befragung unter insgesamt 1.641 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im gesamten Bundesgebiet durchgeführt.

Mit der als Online-Befragung angelegten Untersuchung wurde ermittelt, wie viele Bürgermeister/innen schon einmal im Rahmen ihrer Tätigkeit beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen wurden und in welchen Zusammenhängen es zu Beleidigungen oder Übergriffen gekommen ist. Darüber hinaus wurde auch nach Erfahrungen mit Beleidigungen oder Übergriffen gegenüber Mitarbeiter/innen der Gemeinde- oder Stadtverwaltung bzw. Ratsmitgliedern gefragt.

Ein Schwerpunkt der Studie lag zudem darauf, zu ermitteln, wie die Betroffenen mit den Anfeindungen umgehen, ob sie z.B. die Vergehen anzeigen oder öffentlich machen, wie stark sich die Bürgermeister/innen durch Anfeindungen belastet fühlen und ob sie ihr Verhalten aus Sorge vor (weiteren) Anfeindungen verändert haben. Auch wurde im Rahmen der Untersuchung ermittelt, wie viele der amtierenden Bürgermeister/innen schon einmal ernsthaft überlegt haben, sich aufgrund von Anfeindungen aus der Politik zurückzuziehen.

Die Bürgermeister/innen wurden zudem gefragt, ob das Thema „Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen“ ihrer Meinung nach in den Medien ausreichend berücksichtigt wird, ob die Bundes- und Landespolitik genug für den Schutz von Kommunalpolitiker/innen tut und welches aus ihrer Sicht geeignete Maßnahmen zur Eindämmung des Problems sind.

Abschließend wurde erhoben, welche Wünsche und Erwartungen an eine neugeschaffene Online-Informationsplattform für bedrohte Kommunalpolitiker/innen bestehen.

Die Untersuchungsergebnisse werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

1. Größte Belastungen und Herausforderungen im Amt des Bürgermeisters

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden zunächst nach den für sie persönlich größten Herausforderungen und Belastungen bei der Ausübung ihres Amtes gefragt. Die Abfrage erfolgte ohne Vorgaben und ohne vorigen Hinweis auf den Befragungsschwerpunkt „Hass und Gewalt“.

Am häufigsten nennen die Bürgermeister den großen Zeitaufwand und die Arbeitsbelastung (21 %) sowie Egoismus, Anspruchsdenken und Unzufriedenheit der Bürger (20 %). Herausforderungen und Belastungen aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie werden ebenfalls häufig von den Amtsinhabern genannt (20 %).

18 Prozent der Bürgermeister sehen (auch) die kommunale Finanzlage als eine große Herausforderung bei der Ausführung des Amtes, 16 Prozent nennen die Bürokratie.

Die vielseitigen und anspruchsvollen Aufgaben sowie konkrete Politikfelder und Projekte nennen in diesem Zusammenhang jeweils 12 Prozent der Befragten.

Insgesamt 10 Prozent der Bürgermeister geben an, dass persönliche Angriffe, Anfeindungen oder Beleidigungen (5 %) sowie unsachliche Kritik, Stimmungsmache oder Verleumdung gegen sich (5 %) für sie die größte Belastung bei der Ausübung des Amtes sind.

▪ Die größten Herausforderungen und Herausforderungen im Amt des Bürgermeisters *)

	<u>%</u>
- Zeitaufwand, Arbeitsbelastung, Vereinbarkeit Amt und Familie	21
- Egoismus, Anspruchsdenken, Unzufriedenheit der Bürger	20
- Herausforderungen und Belastungen durch die Corona-Krise	20
- kommunale Finanzlage	18
- Bürokratie	16
- anspruchsvolle, vielfältige Aufgaben, viel Verantwortung	12
- Nennung konkreter politischer Projekte oder Politikfelder	12
- allen Bürgern gerecht zu werden	8
- Konflikte mit anderen kommunalen Akteuren	7
- mangelnde Unterstützung von Bund/Land	5
- persönliche Angriffe, Anfeindungen, Beleidigungen	5
- unsachliche Kritik, Stimmungsmache, Verleumdung	5

*) offene Abfrage, aufgeführt sind Nennungen ab 5 Prozent, Mehrfachnennungen möglich

2. Einschätzung zur gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Eine große Mehrheit von 81 Prozent der befragten Bürgermeister teilt die Einschätzung, dass die Gesellschaft in Deutschland zunehmend verroht und der Umgang untereinander rücksichtsloser wird.

Nur 17 Prozent teilen diese Auffassung nicht.

Dieses Meinungsbild fällt unter den Bürgermeistern unabhängig von Geschlecht, und Gemeindegröße weitgehend einhellig aus. Auch in Bezug auf die Region und das Alter der Befragten finden sich nur geringe Unterschiede.

▪ Zunehmende Verrohung der Gesellschaft in Deutschland?

Es teilen die Auffassung, dass die Gesellschaft in Deutschland zunehmend verroht und der Umgang unter den Menschen immer rücksichtloser wird

	ja %	nein *) %
insgesamt	81	17
Baden-Württemberg	87	11
Bayern	79	17
Mitte **)	79	18
Nord ***)	78	19
NRW	76	18
Ost	81	17
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	80	17
- 5.000 bis unter 20.000	83	14
- 20.000 und mehr	79	18
Männer	81	16
Frauen	77	18
unter 45 Jahre	85	14
45- bis 59-Jährige	81	16
60 Jahre und mehr	77	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

***) Nord = Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein

3. Persönliche Erfahrungen mit Beleidigungen und Übergriffen

57 Prozent der Bürgermeister geben an, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld aufgrund ihrer Tätigkeit schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind.

In Bezug auf die Gemeindegröße ergeben sich deutliche Unterschiede: Während in kleineren Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern 52 Prozent bereits Opfer von Beleidigungen oder Übergriffen wurden, steigt der Anteil in Gemeinden und Städten mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern auf 64 Prozent und in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern auf 75 Prozent.

Jüngere Bürgermeister berichten etwas häufiger als ältere von Anfeindungen oder Übergriffen.

- Persönliche Erfahrungen mit Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen I

	Es sind im Rahmen ihrer Tätigkeit schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden	
	ja %	nein *) %
insgesamt	57	42
Baden-Württemberg	67	32
Bayern	51	48
Mitte	55	44
Nord	52	47
NRW	67	30
Ost	59	39
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	52	47
- 5.000 bis unter 20.000	64	35
- 20.000 und mehr	75	24
Männer	57	42
Frauen	58	41
unter 45 Jahre	62	38
45- bis 59-Jährige	58	40
60 Jahre und mehr	50	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

14 Prozent aller befragten Bürgermeister (und 25 Prozent der Bürgermeister, die selbst von Anfeindungen und Übergriffen betroffen waren) geben an, dass auch ihre Familie oder andere Personen aus dem privaten Umfeld bereits von Beleidigung, Bedrohung oder körperlicher Gewalt, die in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Bürgermeister steht, betroffen waren.

▪ **Persönliche Erfahrungen mit Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen II**

Die Beleidigung, Drohung oder körperliche Gewalt richtete sich

	ausschließlich gegen den Bürgermeister %	auch gegen *) die Familie %
insgesamt **)	43	14
Baden-Württemberg	48	19
Bayern	34	16
Mitte	41	13
Nord	43	8
NRW	56	11
Ost	44	15
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	38	14
- 5.000 bis unter 20.000	47	17
- 20.000 und mehr	59	15
Männer	42	15
Frauen	43	14
unter 45 Jahre	45	17
45- bis 59-Jährige	42	16
60 Jahre und mehr	39	11

*) oder andere Personen des privaten Umfelds

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

39 Prozent aller Bürgermeister wurden schon einmal durch E-Mails, Briefe oder Faxe, 35 Prozent in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht.

Ein Drittel (35 %) wurde in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht. Von Sachbeschädigung betroffen waren bereits 7 Prozent. Schon einmal körperlich bedrängt wurden 5 Prozent.

Weitere Vorfälle, die von einigen Bürgermeistern spontan berichtet werden, sind Verleumdungen sowie Anschläge auf das eigene Auto oder das eigene Haus. Zudem berichten einige Bürgermeister davon, dass sie bespuckt oder geschlagen wurden.

▪ Was ist Bürgermeistern konkret widerfahren? I

Es wurden ...	ins- gesamt %)	*) Baden- Württemberg %)	Bayern %)	Mitte %)	Nord %)	NRW %)	Ost %)
durch E-Mails, Briefe oder Faxe beleidigt oder bedroht	39	50	35	36	33	55	39
in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht	35	39	31	35	30	58	38
in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht	35	42	33	33	34	27	34
Sachbeschädigung	7	10	8	5	5	8	7
körperlich bedrängt	5	7	6	4	4	5	6

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Je größer die Gemeinde, desto häufiger waren Bürgermeister bereits den verschiedenen Formen von Übergriffen ausgesetzt. So wurde in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern eine große Mehrheit der Bürgermeister schon einmal durch E-Mails, Briefe oder Faxe sowie in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht.

Unter den Bürgermeistern kleinerer Gemeinden beträgt der Anteil jeweils weniger als ein Drittel.

▪ Was ist Bürgermeistern konkret widerfahren? II

Es wurden ...	ins- *) gesamt	Ortsgröße (Einwohner):		
		unter 5.000	5.000 bis 20.000	20.000 und mehr
	%	%	%	%
durch E-Mails, Briefe oder Faxe beleidigt oder bedroht	39	32	50	63
in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht	35	26	50	71
in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht	35	34	34	37
Sachbeschädigung	7	6	10	10
körperlich bedrängt	5	5	6	11

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Im Vergleich zu ihren älteren Amtskollegen werden die unter 45-Jährigen deutlich häufiger in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht, was vermutlich an der stärkeren Nutzung von sozialen Medien in dieser Altersgruppe liegen dürfte.

Allerdings berichten die unter 45-jährigen Bürgermeister auch häufiger von Drohbrieffen oder Beleidigungen per E-Mail, Brief oder Fax sowie etwas häufiger von Beleidigungen und Bedrohungen in direkter Begegnung als die über 60-Jährigen.

▪ Was ist Bürgermeistern konkret widerfahren? III

Es wurden ...	ins- gesamt %)	Männer %)	Frauen %)	unter 45 Jahre %)	45- bis 59 Jahre %)	60 Jahre und mehr %)
durch E-Mails, Briefe oder Faxe beleidigt oder bedroht	39	39	39	47	41	30
in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht	35	36	33	46	38	25
in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht	35	35	33	40	35	30
Sachbeschädigung	7	8	4	8	8	6
körperlich bedrängt	5	6	4	7	6	3

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Bürgermeister, die schon einmal in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht, körperlich bedrängt, bespuckt oder geschlagen wurden, haben dies bei öffentlichen Veranstaltungen und Ortsterminen (57 %), in den eigenen Diensträumen bei Kontakten mit Bürgern (52 %) aber auch in ihrer Freizeit erlitten: 50 Prozent der Betroffenen berichten von Übergriffen bei privaten Tätigkeiten.

Von derartigen Vorfällen während einer Ratsversammlung berichten 24 Prozent der Betroffenen.

Bezogen auf alle Bürgermeister bedeutet dies, dass etwa jeder Fünfte (19 %) in seiner Freizeit in direkter Begegnung beleidigt, bedroht, bedrängt oder tätlich angegriffen wurde.

Betroffene Bürgermeister in den neuen Bundesländern berichten überdurchschnittlich oft von Beleidigungen und Übergriffen bei öffentlichen Veranstaltungen sowie in der Ratsversammlung. Von Vorfällen beim Kontakt mit Bürgern in den eigenen Diensträumen berichten überdurchschnittlich häufig die betroffenen Bürgermeister in Baden-Württemberg.

▪ Bei welchen Gelegenheiten ist es zu persönlichen Beleidigungen oder Übergriffen gekommen? (*)

Es ist zu Übergriffen gekommen...	ins- gesamt **)	Baden- Württemberg %	Bayern %	Mitte %	Nord %	NRW %	Ost %
bei öffentlichen Veranstaltungen / Ortsterminen	57	54	59	56	52	53	65
in den Diensträumen bei Kontakten mit Bürgern	52	64	55	48	37	58	48
bei privaten Tätigkeiten	50	45	56	52	53	56	44
in der Ratsversammlung	24	25	16	21	31	23	36

*) Basis: Befragte, die im Rahmen ihrer Tätigkeit schon einmal in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht, körperlich bedrängt, bespuckt oder geschlagen wurden

***) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Betroffene Bürgermeister in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern werden überdurchschnittlich häufig Opfer von Vorfällen bei privaten Tätigkeiten.

▪ Bei welchen Gelegenheiten ist es zu persönlichen Beleidigungen oder Übergriffen gekommen? II *)

Es ist zu Übergriffen gekommen...	ins- *) gesamt	Ortsgröße (Einwohner):		
		unter 5.000	5.000 bis 20.000	20.000 und mehr
	%	%	%	%
bei öffentlichen Veranstaltungen / Ortsterminen	57	53	65	64
in den Diensträumen bei Kontakten mit Bürgern	52	51	53	54
bei privaten Tätigkeiten	50	46	56	67
in der Ratsversammlung	24	25	24	19

*) Basis: Befragte, die im Rahmen ihrer Tätigkeit schon einmal in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht, körperlich bedrängt, bespuckt oder geschlagen wurden

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

In Bezug auf die Gelegenheiten, bei denen es zu persönlichen Beleidigungen oder Übergriffen gekommen ist, gibt es einige Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Während betroffene Bürgermeisterinnen häufiger von Übergriffen während der Ratsversammlung berichten als ihre männlichen Amtskollegen, geben letztere häufiger an, bei privaten Tätigkeiten sowie bei Kontakten mit Bürgern in den eigenen Diensträumen beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden zu sein.

▪ Bei welchen Gelegenheiten ist es zu persönlichen Beleidigungen oder Übergriffen gekommen? III *)

Es ist zu Übergriffen gekommen...	ins- **) gesamt %	Männer %	Frauen %	unter 45 Jahre %	45- bis 59 Jahre %	60 Jahre und mehr %
bei öffentlichen Veranstaltungen / Ortsterminen	57	58	51	68	56	53
in den Diensträumen bei Kontakten mit Bürgern	52	54	39	58	54	43
bei privaten Tätigkeiten	50	53	35	53	51	47
in der Ratsversammlung	24	22	38	20	25	22

*) Basis: Befragte, die im Rahmen ihrer Tätigkeit schon einmal in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht, körperlich bedrängt, bespuckt oder geschlagen wurden

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

4. Beleidigungen oder Übergriffe gegen Mitglieder von Rat und Verwaltung

Die Mehrheit (61 %) der befragten Bürgermeister hat schon einmal erlebt, dass andere Mitarbeiter ihrer Verwaltung oder Mitglieder der Stadt- bzw. Gemeindevertretung im Rahmen ihrer Tätigkeit beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen wurden.

Auch in dieser Frage ergibt sich ein klares Gefälle im Hinblick auf die Gemeindegröße: Während fast alle Bürgermeister in Orten über 20.000 Einwohnern von Beleidigungen bzw. Übergriffen gegen Mitarbeiter ihrer Verwaltung bzw. gegen Ratsmitglieder berichten, sind es in kleinen Gemeinden mit 51 Prozent deutlich weniger.

- Beleidigungen oder Übergriffe gegen Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertreter

Es haben erlebt, dass andere Mitarbeiter der Verwaltung oder Mitglieder der Stadt- bzw. Gemeindevertretung im Rahmen ihrer Tätigkeit schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen wurden

	ja %	nein *) %
insgesamt	61	36
Baden-Württemberg	71	26
Bayern	57	40
Mitte	55	40
Nord	57	41
NRW	82	15
Ost	59	38
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	51	45
- 5.000 bis unter 20.000	78	20
- 20.000 und mehr	88	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

5. Vermutete Hintergründe und Motive der Täter

Die Bürgermeister, die selbst oder bei denen Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal aufgrund ihrer Tätigkeit als Bürgermeister von Bedrohungen, Beleidigungen oder Angriffen betroffen waren, wurden um eine Einschätzung nach möglichen Hintergründen und Motiven der Täter gebeten.

Mit 25 Prozent am häufigsten werden Egoismus und Anspruchsdenken der Täter vermutet. 21 Prozent der Betroffenen glauben, dass die Anfeindungen in direktem Zusammenhang mit einer kommunalen Entscheidung standen – sei es eine Baumaßnahme, von der der Täter betroffen war oder die Ablehnung eines Gesuchs oder Antrags.

Häufiger als Motiv genannt wird, dass die Täter mit sich selbst unzufrieden (15 %) oder unfähig sind, andere Sichtweisen zu akzeptieren und Konflikte friedlich auszutragen (15 %).

Einige Bürgermeister sehen sich auch als „Blitzableiter“ und geben an, dass sich der Unmut eigentlich auf die Bundes- oder Landespolitik beziehe. Die Bürgermeister würden diesen Unmut abbekommen, weil sie vor Ort greifbar sind oder weil die Bürger die politischen Prozesse nicht kennen und die Rolle des Bürgermeisters falsch einschätzen.

Ideologische Motive werden vergleichsweise selten genannt. Das am häufigsten genannte politische Motiv für Übergriffe und Anfeindungen ist Rechtsextremismus (6 %).

▪ Vermutete Hintergründe und Motive für erlebte Anfeindungen und Übergriffe *)

	<u>% **)</u>
- Egoismus, Anspruchsdenken	25
- Unzufriedenheit mit kommunalen Entscheidungen	21
- Unzufriedenheit mit sich selbst	15
- Intoleranz/ Unfähigkeit Konflikte auszutragen	15
- Unwissenheit über die politischen Prozesse und die Rolle des Bürgermeisters	13
- Neid	7
- Unzufriedenheit mit Bundes-/Landespolitik	7
- Rechtsextremismus	6
- Aufstachelung im Netz/Social Media, Fake News	5
- „Dummheit“, „mangelnde Bildung“	5
- Unzufriedenheit mit der Corona-Politik von Bund/Land	4
- politische Motive allgemein	3
- psychische Störungen / geistige Verwirrung	3
- Werteverfall, Verrohung der Gesellschaft	3

*) Basis: Befragte, die angeben, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld aufgrund ihrer Tätigkeit schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind

**) offene Abfrage; alle Nennungen ab 3 Prozent; Mehrfachnennungen möglich

6. Umgang mit Übergriffen

6.1 Anzeigen

Ein Drittel der Bürgermeister, die von Anfeindungen und Übergriffen berichten, haben in diesem Zusammenhang schon einmal Anzeige erstattet (35 %). Die allermeisten davon würde dies auch in Zukunft wieder tun.

43 Prozent der Betroffenen geben an, bisher keine Anzeige erstattet zu haben, dies aber in Zukunft vorzuziehen. 18 Prozent der Betroffenen haben bisher keine Anzeige erstattet und wollen dies auch in künftigen Fällen nicht tun.

Eine große Mehrheit der Betroffenen gibt somit an, künftige Fälle anzeigen zu wollen. Die Anzeigebereitschaft ist bei den über 60-jährigen etwas schwächer ausgeprägt als bei den jüngeren Amtsinhabern.

56 Prozent der betroffenen Bürgermeister von Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern geben an, schon einmal Anzeige erstattet zu haben. In Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern haben dies nur 24 Prozent der Betroffenen getan. Allerdings gibt auch hier eine deutliche Mehrheit derjenigen, die bisher keine Anzeige erstattet haben an, solche Fälle in Zukunft zur Anzeige bringen zu wollen.

▪ Anzeigeverhalten der betroffenen Bürgermeister *)

Es haben aufgrund von Beleidigungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen, die mit ihrer Funktion als Bürgermeister/in im Zusammenhang stehen, schon einmal Anzeige erstattet

	ja und würden es auch künftig wieder tun %	ja, aber würden es in Zukunft nicht mehr tun %	nein, aber würden es in Zukunft tun %	nein und würden es auch künftig nicht tun % **)
insgesamt	33	2	43	18
Baden-Württemberg	33	0	43	19
Bayern	31	2	45	19
Mitte	32	1	45	17
Nord	25	2	45	23
NRW	49	0	36	10
Ost	36	4	41	17
Ortsgröße (Einwohner):				
- unter 5.000	24	2	48	22
- 5.000 bis unter 20.000	43	2	38	14
- 20.000 und mehr	56	1	31	11
Männer	32	2	43	19
Frauen	36	1	43	12
unter 45 Jahre	33	1	53	13
45- bis 59-Jährige	33	2	43	18
60 Jahre und mehr	30	2	41	22

*) Basis: Befragte, die angeben, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld aufgrund ihrer Tätigkeit schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind

***) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Diejenigen Bürgermeister, die in Zukunft von einer Anzeige absehen wollen, nennen dafür unterschiedliche Gründe.

Der häufigste Grund, von einer Anzeige abzusehen, ist der Eindruck, dass Polizei und Justiz die Taten nicht konsequent verfolgen (24 %). Einige meinen, eine Anzeige „bringe nichts“ (9 %) oder bedeute zu viel Aufwand (6 %).

11 Prozent geben an, dass sie von einer Anzeige absehen, da sie befürchten, dass eine Anzeige zu einer Eskalation führen könnte. 10 Prozent nennen als Grund, dass sie den Tätern keine Aufmerksamkeit geben wollen.

17 Prozent sagen, dass sie nur bei schwerwiegenden Übergriffen eine Anzeige erstatten würden. Weitere 15 Prozent geben an, dass erlittene Vergehen nicht so schwerwiegend gewesen seien.

Dass sie das Problem oftmals im persönlichen Kontakt klären könnten, geben 13 Prozent der betroffenen Bürgermeister an, die auf eine Anzeige in Zukunft verzichten wollen. 9 Prozent geben an, derartige Anfeindungen „gehören nun mal leider dazu“.

▪ Gründe für den Verzicht auf eine Anzeige *)

	% **)
- Polizei, Justiz verfolgt nicht konsequent	24
- „es bringt nichts“	9
- zu viel Aufwand	6
- Sorge vor Eskalation	11
- Täter keine Aufmerksamkeit geben	10
- würde ich nur bei schwerwiegenderen Übergriffen tun	17
- Vergehen war nicht so schwerwiegend	15
- kann oftmals im persönlichen Kontakt geklärt werden	13
- gehört leider dazu	9

*) Basis: von Anfeindungen und Übergriffen betroffene Bürgermeister, die solche Fälle in Zukunft nicht zur Anzeige bringen wollen

**) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

6.2 Veröffentlichung

Ein Viertel der Bürgermeister, die von Anfeindungen und Übergriffen berichten, haben schon einmal einen Drohbrief oder Ähnliches öffentlich gemacht (28 %). Die allermeisten davon würde dies auch in Zukunft wieder tun.

33 Prozent der Betroffenen geben an, bisher von einer Veröffentlichung abgesehen zu haben, die Anfeindungen und Übergriffe aber in künftigen Fällen öffentlich machen zu wollen.

Eine Mehrheit der Betroffenen gibt somit an, künftige Fälle öffentlich zu machen. Nur ein Drittel (34 %) will künftige Fälle nicht öffentlich machen.

- Veröffentlichung von erhaltenen Drohbriefen, Beleidigungen etc. *)

	Es haben schon einmal eine Beleidigung, einen Drohbrief oder Ähnliches gegen sich öffentlich gemacht			
	ja und würden es auch künftig wieder tun %	ja, aber würden es in Zukunft nicht mehr tun %	nein, aber würden es in Zukunft tun %	nein und würden es auch künftig nicht tun % ^{**)}
insgesamt	26	2	33	34
Ortsgröße (Einwohner):				
- unter 5.000	25	2	33	34
- 5.000 bis unter 20.000	26	2	34	34
- 20.000 und mehr	30	0	35	31
Männer	26	2	34	35
Frauen	26	1	32	29
unter 45 Jahre	23	0	37	36
45- bis 59-Jährige	28	1	34	31
60 Jahre und mehr	24	3	31	37

*) Basis: Befragte, die angeben, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld aufgrund ihrer Tätigkeit schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Diejenigen Bürgermeister, die Beleidigungen und Drohbriefe gegen sie in Zukunft nicht öffentlich machen wollen, nennen dafür am häufigsten als Grund, dass sie den Tätern und ihren Anfeindungen keine Plattform geben wollen (25 %).

Der zweitwichtigste Grund (17 %) ist die Sorge, dass eine Bekanntmachung Nachahmungstäter anregen könnte. 14 Prozent befürchten durch eine Veröffentlichung „Öl ins Feuer zu gießen“ und nennen die Sorge vor Eskalation als Grund.

Dass eine Veröffentlichung „nichts bringt“, meinen 9 Prozent, dass es an der generellen Situation nichts verbessern würde 5 Prozent. Ebenfalls 5 Prozent glauben, dass keine Unterstützung für sie seitens der Öffentlichkeit zu erwarten sei.

7 Prozent fürchten, dass eine Veröffentlichung schlecht für die eigene Reputation sein könnte, weil möglicherweise etwas von den Anschuldigungen oder Anfeindungen hängen bleibt oder der Eindruck der Schwäche entstehen könnte.

▪ Gründe für den Verzicht auf eine Veröffentlichung *)

	<u>%</u> **)
- keine Plattform / keine Aufmerksamkeit geben	25
- keine Nachahmungstäter anregen	17
- Sorge vor Eskalation	14
- „es bringt nichts“	9
- würde an der generellen Situation nichts verbessern	5
- keine Unterstützung der Öffentlichkeit zu erwarten	5
- schlecht für eigene Reputation	7
- schlecht für Ansehen der Gemeinde	2
- zusätzliche Belastung	4
- Datenschutzgründe verhindern Veröffentlichung	4
- hängt vom Einzelfall ab	8
- kann oftmals im persönlichen Kontakt geklärt werden	4
- gehört leider dazu	3

*) Basis: von Anfeindungen und Übergriffen betroffene Bürgermeister, die solche Fälle in Zukunft nicht öffentlich machen wollen

**) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

6.3 Austausch über erlebte Anfeindungen

Auf die Frage, ob sie die erlebten Anfeindungen und Übergriffe weitgehend für sich behalten oder sich im privaten Umfeld oder mit anderen Kommunalpolitikern dazu austauschen, antworten 71 Prozent der befragten Bürgermeister, dass sie sich schon einmal mit anderen Kommunalpolitikern dazu ausgetauscht haben. 54 Prozent geben an, sich Unterstützung im privaten Umfeld geholt zu haben.

Nur eine Minderheit hat die Vorfälle weitgehend für sich behalten (14 %).

- Austausch über erlebte Anfeindungen

Es haben sich zu Anfeindungen, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit als Bürgermeister/in erlebt haben,

	schon einmal im privaten Umfeld ausgetauscht und Unterstützung geholt %	schon einmal mit anderen *) Kommunalpolitiker/innen ausgetauscht %	weitgehend für sich behalten %
insgesamt	54	71	14
Ortsgröße (Einwohner):			
- unter 5.000	54	69	13
- 5.000 bis unter 20.000	56	74	14
- 20.000 und mehr	46	77	23
Männer	52	71	15
Frauen	69	75	8
unter 45 Jahre	48	70	16
45- bis 59-Jährige	58	77	11
60 Jahre und mehr	49	62	19

*) Mehrfachnennungen waren möglich

7. Verhaltensänderungen aus Sorge vor Hass und Gewalt

Die Sorge vor Beleidigungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen hat bei der Mehrheit aller Bürgermeister dazu geführt, dass sie ihr Verhalten verändert haben.

Nur 32 Prozent geben an, nichts an ihrem Verhalten geändert zu haben.

38 Prozent aller befragten Bürgermeister geben an, ihrer Umgebung gegenüber misstrauischer oder vorsichtiger zu sein. 11 Prozent meiden bestimmte Orte oder Veranstaltungen.

37 Prozent der Befragten geben an, auf die Nutzung von sozialen Medien weitgehend zu verzichten und 30 Prozent der Bürgermeister äußern sich zu bestimmten Themen seltener als früher.

Besonders stark ausgeprägt sind die Verhaltensänderungen bei Bürgermeistern, die selbst schon einmal von Hass und Gewalt betroffen waren und noch häufiger dann, wenn auch die Familie oder andere Personen des privaten Umfelds betroffen waren.

▪ Verhaltensänderungen aus Sorge vor Anfeindungen und Übergriffen I

	ins- gesamt %	Betroffenheit von Anfeindungen und Übergriffen:		
		ja %	ja, auch Familie *) %	nein %
Ich bin gegenüber meiner Umgebung misstrauischer/vorsichtiger.	38	48	60	25
Ich verzichte (weitgehend) auf die Nutzung sozialer Medien.	37	40	45	35
Ich äußere mich zu bestimmten Themen seltener als früher.	30	31	38	29
Ich meide bestimmte Orte oder Veranstaltungen.	11	13	20	8
Ich habe mein Verhalten nicht geändert.	32	27	19	38

*) oder andere Personen des privaten Umfelds

Die Bürgermeister kleinerer und mittlerer Gemeinden geben häufiger als Bürgermeister von Städten und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern an, sich seltener als früher zu bestimmten Themen zu äußern sowie bestimmte Orte oder Veranstaltungen zu meiden.

▪ Verhaltensänderungen aus Sorge vor Anfeindungen und Übergriffen II

	ins-	Ortsgröße (Einwohner):		
	gesamt	unter 5.000	5.000 bis 20.000	20.000 und mehr
	%	%	%	%
Ich bin gegenüber meiner Umgebung misstrauischer/vorsichtiger.	38	28	42	29
Ich verzichte (weitgehend) auf die Nutzung sozialer Medien.	37	39	36	32
Ich äußere mich zu bestimmten Themen seltener als früher.	30	32	30	19
Ich meide bestimmte Orte oder Veranstaltungen.	11	12	11	7
Ich habe mein Verhalten nicht geändert.	32	30	33	41

Mit Ausnahme des Verzichts auf die Nutzung sozialer Medien berichten die über 60-jährigen Bürgermeister seltener von Verhaltensänderungen als jüngere Befragte unter 45 Jahren.

Letztere geben überdurchschnittlich häufig an, ihrer Umgebung gegenüber misstrauisch oder vorsichtig zu sein, sich seltener zu bestimmten Themen zu äußern sowie bestimmte Orte und Veranstaltungen zu meiden.

▪ Verhaltensänderungen aus Sorge vor Anfeindungen und Übergriffen III

	ins- gesamt %	unter 45 Jahre %	45 bis 59 Jahre %	60 Jahre und mehr %
Ich bin gegenüber meiner Umgebung misstrauischer/vorsichtiger.	38	46	38	35
Ich verzichte (weitgehend) auf die Nutzung sozialer Medien.	37	24	38	44
Ich äußere mich zu bestimmten Themen seltener als früher.	30	41	32	21
Ich meide bestimmte Orte oder Veranstaltungen.	11	15	12	7
Ich habe mein Verhalten nicht geändert.	32	29	31	33

Knapp zwei Drittel der befragten Bürgermeister glauben, dass sich viele ihrer Amtskollegen aus Sorge vor Beleidigungen, Bedrohungen oder Angriffen seltener zu bestimmten Themen äußern.

Lediglich 26 Prozent glauben nicht an ein solches „Vermeidungsverhalten“.

Jüngere Bürgermeister glauben überdurchschnittlich häufig, dass sich viele Bürgermeister zu bestimmten Themen aus Sorge vor Anfeindungen seltener äußern.

▪ **Einschätzungen zur Vermeidung bestimmter Themen durch Kommunalpolitiker/innen**

Es glauben, dass sich viele Bürgermeister/innen und Kommunalpolitiker/innen heute aus Sorge vor Beleidigungen, Bedrohungen oder Angriffen seltener zu bestimmten Themen äußern

	ja %	nein *) %
insgesamt	64	26
Baden-Württemberg	73	18
Bayern	66	26
Mitte	63	26
Nord	59	30
NRW	59	27
Ost	59	30
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	64	25
- 5.000 bis unter 20.000	67	25
- 20.000 und mehr	57	32
Männer	65	26
Frauen	60	24
unter 45 Jahre	79	17
45- bis 59-Jährige	66	24
60 Jahre und mehr	55	33

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

8. Belastung durch Anfeindungen und Übergriffe

Fast die Hälfte (46 %) der Bürgermeister, die schon einmal von Hass und Gewalt betroffen waren, gibt an, dass sie diese Erfahrungen stark oder relativ stark belasten.

Besonders hoch ist der Anteil bei Frauen und denjenigen, bei denen auch die Familie oder andere Personen aus dem privaten Umfeld betroffen waren.

Von den Bürgermeistern, die selbst noch nicht betroffen waren, fühlt sich dagegen nur jeder zehnte (9 %) durch die Sorge (sehr) stark belastet, einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen zu werden.

▪ Persönliche Belastung durch Anfeindungen und Übergriffe

Es fühlen sich von erlebten Anfeindungen oder Übergriffen oder von der Sorge künftig beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen zu werden, belastet

	Von Anfeindungen und Übergriffen betroffene Bürgermeister		Bisher noch <u>nicht</u> von Anfeindungen und Übergriffen betroffene Bürgermeister	
	sehr stark/ relativ stark %	eher weniger/ überhaupt nicht %	sehr stark/ relativ stark %	eher weniger/ überhaupt nicht %
insgesamt	46	53	9	90
Baden-Württemberg	56	41	12	88
Bayern	50	49	11	89
Mitte	41	57	7	93
Nord	39	61	7	92
NRW	31	69	12	88
Ost	45	55	8	92
Ortsgröße (Einwohner):				
- unter 5.000	48	51	9	91
- 5.000 bis unter 20.000	48	52	10	89
- 20.000 und mehr	35	64	9	91
Männer	45	54	9	90
Frauen	59	41	8	92
unter 45 Jahre	48	50	10	90
45- bis 59-Jährige	49	50	11	89
60 Jahre und mehr	38	61	6	93
auch Familie betroffen	62	37	-	-

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

9. Rückzug aus der Politik aus Sorge um die eigene Sicherheit

19 Prozent aller befragten Bürgermeister geben an, schon einmal konkret darüber nachgedacht zu haben, sich aus Sorge um ihre Sicherheit und die ihrer Familie aus der Politik zurückzuziehen.

Bei den Bürgermeistern, die selbst schon einmal von Beleidigungen oder Angriffen betroffen waren, ist dies fast jeder Dritte. In den Fällen, in denen auch die Familie oder andere Personen des privaten Umfelds betroffen waren, hat fast die Hälfte schon einmal über einen Rückzug nachgedacht. Jüngere Bürgermeister haben schon häufiger über einen Rückzug nachgedacht als ältere.

▪ Konkrete Gedanken an Rückzug aus der Politik?

Es haben aus Sorge um ihre Sicherheit bzw. die ihrer Familie schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen

	ja %	nein *) %
insgesamt	19	79
Baden-Württemberg	24	72
Bayern	17	80
Mitte	17	81
Nord	17	82
NRW	16	81
Ost	20	78
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	18	79
- 5.000 bis unter 20.000	19	79
- 20.000 und mehr	20	78
Männer	19	79
Frauen	17	80
unter 45 Jahre	25	72
45- bis 59-Jährige	20	77
60 Jahre und mehr	12	87
Betroffenheit von Anfeindungen und Übergriffen		
- ja	29	68
- ja, auch Familie **)	47	49
- nein	4	94

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) oder andere Personen des privaten Umfelds

Von denjenigen, die schon einmal aufgrund von Sorge um ihre Sicherheit und die ihrer Familie einen Rückzug aus der Politik erwogen haben, wollen 16 Prozent aufgrund von erlebten oder möglichen Anfeindungen und Übergriffen bei der nächsten Wahl nicht wieder antreten.

10. Berichterstattung über Gewalt gegen Kommunalpolitiker

38 Prozent der Bürgermeister sind der Ansicht, dass in den Medien ausreichend über das Thema „Gewalt gegen Kommunalpolitiker“ berichtet wird.

46 Prozent finden hingegen, dass mehr darüber berichtet werden müsste.

Insbesondere Betroffene von Hass und Gewalt wünschen sich mehr mediale Aufmerksamkeit für dieses Thema.

▪ Berichterstattung über Gewalt gegen Kommunalpolitiker

	Es finden, dass über das Thema „Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen“ in den Medien ausreichend berichtet wird	
	ja %	nein, es müsste mehr darüber berichtet werden % ^{*)}
insgesamt	38	46
Baden-Württemberg	30	58
Bayern	41	47
Mitte	41	42
Nord	44	44
NRW	35	44
Ost	37	39
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	38	46
- 5.000 bis unter 20.000	39	46
- 20.000 und mehr	38	50
Männer	39	46
Frauen	33	49
unter 45 Jahre	29	60
45- bis 59-Jährige	35	49
60 Jahre und mehr	49	35
Betroffenheit von Anfeindungen und Übergriffen		
- ja	30	57
- ja, auch Familie ^{**)}	24	65
- nein	50	32

^{*)} an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

^{**)} oder andere Personen des privaten Umfelds

11. Schutz vor Hass und Gewalt durch Bundes- und Landespolitik

Nur 23 Prozent der Bürgermeister sind der Meinung, dass die Bundes- und Landespolitik genug dafür tut, um Kommunalpolitiker vor Beleidigungen und Bedrohungen zu schützen.

53 Prozent meinen hingegen, dass Bundes- und Landespolitik mehr tun müssten.

23 Prozent haben dazu keine Meinung.

▪ Schutz durch Bundes- und Landespolitik

	Bundes- und Landespolitik tut genug, um Kommunalpolitiker/innen vor Beleidigungen oder Bedrohungen zu schützen	
	ja %	nein, *) müsste mehr tun %
insgesamt	23	53
Baden-Württemberg	20	61
Bayern	29	50
Mitte	23	55
Nord	27	46
NRW	30	51
Ost	14	56
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	23	52
- 5.000 bis unter 20.000	22	55
- 20.000 und mehr	28	56
Männer	24	54
Frauen	19	48
unter 45 Jahre	22	61
45- bis 59-Jährige	21	55
60 Jahre und mehr	29	46
Betroffenheit von Anfeindungen und Übergriffen		
- ja	19	64
- ja, auch Familie **)	14	73
- nein	30	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) oder andere Personen des privaten Umfelds

12. Maßnahmen zur Eindämmung von Übergriffen gegen Kommunalpolitiker

Auf die Frage, welche Maßnahmen besonders wichtig sind, um Kommunalpolitiker besser vor Bedrohungen und Übergriffen zu schützen, werden fast alle der zur Bewertung vorgelegten Maßnahmen von einer großen Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zumindest als wichtig befunden.

Über 90 Prozent finden eine konsequentere Strafverfolgung von Beleidigungen und Bedrohungen im Internet (97 %) sowie eine Verpflichtung für Betreiber sozialer Netzwerke, strafbare Inhalte dem Bundeskriminalamt zu melden (93 %) wichtig oder sehr wichtig.

Jeweils 87 Prozent der Befragten finden zudem ein parteiübergreifendes Auftreten des Stadt- bzw. Gemeinderats bei Bedrohungen oder Gewalt gegen Kommunalpolitiker sowie eine Erweiterung des strafrechtlichen Schutzes vor Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens, so dass dieser auch für Kommunalpolitiker gilt, (sehr) wichtig.

Ebenfalls eine große Mehrheit spricht sich für eine bessere personelle Ausstattung der Polizei bzw. der Strafverfolgungsbehörden in diesem Ermittlungsbereich (80 %) sowie für eine Verschärfung des Strafrechts in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen aus (75 %). Eine Änderung des Melderechts erachten 34 Prozent als (sehr) wichtig.

▪ Maßnahmen zur Eindämmung der Gewalt gegen Kommunalpolitiker I

	Um Kommunalpolitiker/innen besser vor Bedrohungen und Übergriffen zu schützen, ist ...			
	sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig %	überhaupt *) nicht wichtig %
eine konsequentere Strafverfolgung von Beleidigungen und Bedrohungen im Internet	68	29	2	0
eine Verpflichtung für Betreiber sozialer Netzwerke, strafbare Inhalte dem BKA zu melden	62	31	4	1
ein parteiübergreifendes Auftreten des Stadt- bzw. Gemeinderats bei Bedrohungen oder Gewalt gegen Kommunalpolitiker	49	37	9	1
eine Erweiterung des strafrechtlichen Schutzes vor Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens, so dass dieser auch für Kommunalpolitiker/innen gilt	45	42	9	1
eine bessere personelle Ausstattung der Polizei bzw. der Strafverfolgungsbehörden in diesem Ermittlungsbereich (ggf. Einrichtung entsprechender Stellen)	38	42	14	2
eine Verschärfung des Strafrechts (in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen)	36	39	19	3
eine Änderung des Melderechts (keine Adressauskunft über Kommunalpolitiker)	13	22	47	14

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Betrachtet man die Ergebnisse daraufhin, welche Maßnahmen den Bürgermeistern sehr wichtig sind, ergibt sich eine recht deutliche Priorisierung.

An erster Stelle stehen mit jeweils über 60 Prozent eine konsequente Strafverfolgung von Beleidigungen und Bedrohungen im Internet und eine Verpflichtung für Betreiber sozialer Netzwerke, strafbare Inhalte dem BKA zu melden.

An dritter Stelle folgt ein parteiübergreifendes Auftreten des Stadt- bzw. Gemeinderats bei Bedrohungen und Gewalt (49 %), gefolgt von einer Erweiterung des strafrechtlichen Schutzes vor Verleumdung (45 %).

Jeweils etwas mehr als ein Drittel misst einer besseren personellen Ausstattung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden sowie einer Verschärfung des Strafrechts eine sehr hohe Priorität bei, um Kommunalpolitiker besser zu schützen, während eine Änderung des Melderechts nur von 13 Prozent für dringlich befunden wird.

Bürgermeister, die im Rahmen ihrer Amtsausübung schon einmal selbst von Hass und Gewalt betroffen waren, erachten die einzelnen Maßnahmen im Vergleich zu Kollegen, die selbst bislang nicht betroffen waren, häufiger als wichtig. Unterschiede zeigen sich unter anderem in Bezug auf die Maßnahmen, die eine Verschärfung bzw. Erweiterung des Strafrechts beinhalten.

▪ Maßnahmen zur Eindämmung der Gewalt gegen Kommunalpolitiker II

Es finden die Maßnahme sehr wichtig, um Kommunalpolitiker/innen besser vor Bedrohungen und Übergriffen zu schützen

	ins- gesamt %	Betroffenheit von Anfeindungen und Übergriffen:		
		ja %	ja, auch Familie *) %	nein %
eine konsequentere Strafverfolgung von Beleidigungen und Bedrohungen im Internet	68	71	77	65
eine Verpflichtung für Betreiber sozialer Netzwerke, strafbare Inhalte dem BKA zu melden	62	65	67	59
ein parteiübergreifendes Auftreten des Stadt- bzw. Gemeinderats bei Bedrohungen oder Gewalt gegen Kommunalpolitiker	49	50	52	49
eine Erweiterung des strafrechtlichen Schutzes vor Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens, so dass dieser auch für Kommunalpolitiker/innen gilt	45	53	66	35
eine bessere personelle Ausstattung der Polizei bzw. der Strafverfolgungsbehörden in diesem Ermittlungsbereich (ggf. Einrichtung entsprechender Stellen)	38	42	52	34
eine Verschärfung des Strafrechts (in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen)	36	42	53	28
eine Änderung des Melderechts (keine Adressauskunft über Kommunalpolitiker)	13	13	13	12

*) oder andere Personen des privaten Umfelds

13. Wünsche an eine Informationsplattform für bedrohte Kommunalpolitiker

Abschließend wurden die Bürgermeister offen und ohne jede Vorgabe gefragt, welche Wünsche und Erwartungen sie an eine neue Online-Informationsplattform zum Thema "Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen" haben.

Wie die folgende Übersicht zeigt, kann ein Großteil der Bürgermeister (67 %) hierzu spontan keine konkreten Wünsche oder Erwartungen benennen.

Konkret als Wünsche oder Erwartungen genannt werden Verhaltensratschläge zur Prävention sowie zum Umgang mit Hass und Gewalt, Unterstützung von Betroffenen in Form von Beratungsangeboten und Informationen zu Anlaufstellen sowie der Austausch mit anderen Betroffenen. Zudem wird der Wunsch geäußert, dass die Plattform Aufmerksamkeit für das Thema in der Öffentlichkeit sowie bei den Justizbehörden schafft.

▪ Wünsche und Erwartungen an eine Informationsplattform für bedrohte Kommunalpolitiker

	<u>%</u>
- Verhaltensratschläge (Prävention, Umgang)	7
- Ansprechpartner / Unterstützung für Betroffene	6
- juristische Beratung	5
- Informationen über Hintergründe der Anfeindungen	3
- Austausch mit anderen Betroffenen	5
- Aufmerksamkeit für das Thema schaffen	4
- Aufmerksamkeit der Justiz wecken	3
- weiß nicht	67
- Skepsis gegenüber Plattform	6

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich